

Pulsnitzer Tageblatt

Heimprecher 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146 **Bezirksanzeiger**

Wochenblatt Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — **Erscheint an jedem Werktag** — — —
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besteller
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Abwärtlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Zeilenzeile (Masse's Zeilenmesser 14)
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75
und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Ramenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz
sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Großhirsdorf, Bretnig, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Klein-Dittmannsdorf
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 Druck und Verlag von E. R. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 21

Mittwoch, den 26. Januar 1927

79. Jahrgang

Amtlicher Teil:

Am 31. Januar

Roß- und Viehmarkt in Königsbrück | Anzeigen Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg!

Das Wichtigste

Wie die Morgenblätter aus Tokio melden, ist ein Personenzug zwischen
Lima und Mito von einer Lawine verschüttet worden.
Der amerikanische Senat nahm in seiner gestrigen Sitzung die Resolu-
tion Robinsons an, die ein Schiedsgerichtsverfahren im Konflikt
mit Mexiko vorsieht.
Die Regierungsverhandlungen nehmen einen günstigen Verlauf.
Der deutsche Gesandte in Warschau ist beauftragt worden, wegen der
Ausweisung von 4 deutschen Beamten aus Oberschlesien, Schritte
zur Klärung dieses Falles zu unternehmen.
Die Auflegung von 500 Millionen Reichsanleihe, verzinstlich zu 5 Pro-
zent, zu einem Abgabetermin von 92 Prozent, ist erfolgt.
Im Haushaltsausschuß sprach Reichsaussenminister Dr. Stresemann über
den Etat des auswärtigen Amtes.
Der bekannte schweizerische Bankier und Direktor der Bank Conti
Josef Dettli hat sich in Florenz erschossen.
Wie aus Madrid gemeldet wird, ging an der Nordküste Spaniens
der spanische Dampfer Retuerto unter. 14 Mann Besatzung er-
tranken.
In der nationalsozialistischen Partei Polens ist wiederum eine Spal-
tung zu verzeichnen. Die linksgerichteten Parteimitglieder haben
unter Führung des Abgeordneten Wajszewicz einen sogenannten
„Linksklub der Nationalsozialisten“ gegründet.

Vertliche und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Heimatschutzvorträge.) Der Lan-
desverein Sächsischer Heimatschutz kommt mit einer neuen
Vortragsreihe nach Pulsnitz, die Donnerstag, den 3. Februar,
abends 8 Uhr im Schützenhaus beginnt. Es ist eine erst-
klassige Folge zusammengestellt worden. Unter den Rednern
befinden sich Hofrat Professor Seyffert mit dem prächtigen
Filmwerk: „Vollstunde und Volksbelustigungen“, das er selbst
aufgenommen und bearbeitet hat und Paul Bernhardt, der
bekannte Dichtologe, mit dem hochinteressanten, erstklassigen
Film: „Von Vogelparadies der Dobrudscha zu den Sieben-
bürgener Sachsen“, der ein besonderes Ereignis für Pulsnitz
werden wird. Es kann allen unseren Einwohnern nur auf
das Beste empfohlen werden, diese belehrenden, erbauenden
und interessantesten Abende zu besuchen. Siehe heutiges Zifferat!
— (In zwölfter Stunde) sei nochmals darauf
hingewiesen, daß die Rentenmarktscheine zu 5 Rentenmark
ohne Kopfbildnis vom 5. November 1923 nur noch bis zum
31. Januar dieses Jahres von den öffentlichen Kassen in
Zahlung genommen werden. Bis zum 14. April d. J.
können sie noch bei den Kassen der Reichsbank eingetauscht
werden. Mit Ablauf dieses Termins verlieren die Scheine
ihre Gültigkeit überhaupt.

— sek. (Einigkeit macht stark.) Zusammenschlüsse
weissenwandter Gebilde sind, wie überall, so auch in kirch-
lichen Leben zu begrüßen. Gleich nach den Weihnachtstagen
traf in Rajahmundry in Indien eine Konferenz zusammen,
die von 300 000 Lutheranern Indiens besetzt wurde, und
die das Ziel der Bildung einer einheitlichen allindischen
lutherischen Kirche zu erreichen sucht. Da die Missionen an
dieser Konferenz keinen entscheidenden Anteil haben, legt die
Tagung zugleich Zeugnis von der Selbstständigkeit und dem
kirchlichen Willen der Länder ab. Die Stützkräfte des Luther-
tums, zu dem sich etwa der 3000. Teil des riesenvolkes der
Länder bekennt, nimmt durch den Zusammenschluß gewiß an
Stärke zu.

Ramenz. (Ueberführt) Der in voriger Woche
in Bautzen festgenommene Einbrecher Spezialist für Gemeinde-
ämter gilt nunmehr auch hinsichtlich des j. Bt. in Lüders-
dorf verurteilten als überführt. Die noch im Gange
befindlichen Erörterungen dürften übrigens das Schuldkonto
dieses Burschen noch erheblich erhöhen.

Ramenz. (Einbrecher.) In einer der Nächte
vom Sonnabend bis Montag sind wieder Einbrecher in zwei
Steinbrüchen der Firma Schelzig auf Wieser Flur am Werke
gewesen und haben den dortigen Frühstücksbuden ihre uner-
wünschten Besuche abgestattet. Während die Täter in der
einen Bude nichts vorfanden, was ihnen des Mitnehmens

Die Auflegung der 500 Millionen-Reichsanleihe erfolgt

Günstiger Verlauf der Verhandlungen zur Regierungsbildung — Amerika und Japan lehnen
gemeinsames Vorgehen in China ab

4 Berlin. Halbamtlich wird mitgeteilt:
Von den Kreditmöglichkeiten, die dem Reich zur
Befreiung außerordentlicher Ausgaben durch die Etatsgesetze
von 1925 und 1926 in Höhe von rund 940 000 000 RM. ein-
geräumt worden sind, hat das Reich bisher weder im Wege
einer öffentlichen Anleihe noch im Wege von Schatzanweisungen
Gebrauch gemacht, weil seine Kassenlage es gestattete, eine
bessere Entwicklung des Kapitalmarktes und
dementsprechend eine Herabsetzung des Zinsfußes
abzuarbeiten.

Die inzwischen erfolgte Senkung des Reichsbankdis-
konts auf 5 v. H. und die befriedigende Verfassung des
Geldmarktes haben nunmehr den Reichsminister der Finan-
zen bestimmt, den besonders günstig erscheinenden Zeitpunkt
nicht vorübergehen zu lassen, sondern einen Betrag von
500 Millionen RM. 5prozentiger Deutscher Reichsanleihe zu
geben. Von diesem werden 300 Millionen RM. von
einem unter Führung der Reichsbank stehenden Konsortium
von deutschen Banken und Bankfirmen übernehmen; die
restlichen 200 Millionen RM. sind zum weitaus größten
Teil bereits fest mit vorläufiger Sperrverpflichtung unter-
gebracht.

Die Anleihe ist bis 1934 untilgbar; von da ab erfolgt die
Tilgung innerhalb 25 Jahren durch Auslösung zum
Nennwert. Eine verstärkte Tilgung oder Gesamtilndi-
gung ist bis 1937 ausgeschlossen. Die Zeichnung findet
zum Kurse von 92 v. H. in den Tagen vom 3. bis 11. Februar
1927 statt; die Einzahlung ist in Höhe des Zeichnungsbetrages
zuzüglich Stückzinsen ab 1. Februar 1927 in der Zeit vom
21. bis 23. Februar 1927 zu leisten. Die Einführung der An-
leihe an den deutschen Börsen und die Klärung der Lombard-
fähigkeit bei der Reichsbank werden sofort in die Wege geleitet.

Ueber die Begebung dieser Anleihe erklärte der derzeitige
Geschäftsführende

Reichsfinanzminister Dr. Reinhold,

daß zunächst aus der Uebernahme der 300 Millionen durch ein
Bankkonsortium zu erhellen sei, welchen Erfolg man in Bank-
kreisen sich von dieser Anleihe verspreche. Der Minister fuhr
fort: Nun wird gefragt werden, warum ich als geschäfts-
führender Minister noch diesen Anleiheabschluß ge-
tätigt habe? Ich habe es getan, weil ich glaube, nicht nur das
Recht, sondern auch die Pflicht zu haben, die Situation
auszunutzen. Die Gründe für die jegliche Begebung der An-
leihe liegen nicht etwa in einem plötzlich aufgetretenen un-
erwarteten Geldbedarf des Reiches, sondern im folgenden:

Das Reich hat dem Reichsfinanzminister eine An-
leihermächtigung von 900 Millionen Mark
gegeben, und der Reichsfinanzminister wird vom Reichstage
noch eine weitere Ermächtigung von 500 Millionen Mark be-
kommen. Das Reich wird im Jahre 1927 einen Bedarf von
etwa 500 Millionen Mark haben, und ich habe geglaubt,
diesen Bedarf ein für allemal abdecken zu müssen in einem
Augenblick, wo die

Flüssigkeit des Geldes eine günstige

dafür war. Denn wenn sich die Entwicklung so vollzieht,
wie ich sie voraussehe, werden die von der Industrie und
der Wirtschaft an den Geldmarkt gestellten Anforderungen
ungeheuer groß werden. Deshalb erschien es
wünschenswert, daß die Abschöpfung des Geldmarktes durch
eine Reichsanleihe nicht tropfenweise geschehe, sondern
mit einem Schlage erledigt wird. Ich habe mit der
Auflegung der Anleihe immer wieder gezögert, weil ich den
Willen gehabt habe, einen fünfprozentigen Zins-
fuß zu erreichen, und weil bisher eine solche Möglichkeit noch
nicht bestand. Schließlich handelte es sich nicht allein darum,
den öffentlichen Bedarf für 1927 sicherzustellen, sondern
auch den Zinsfuß allgemein herabzudrücken.
Wir sind der Ueberzeugung, daß sowohl für die Landwirt-
schaft wie auch für den Hausbau die bisherigen Wohn-
zinsätze äußerst hindernd gewirkt haben, und daß wir einen
Zinsfuß brauchen, der sich in einer Höhe bewegt, daß mit ihm
wieder rationell gearbeitet werden kann.

Die Regierungsverhandlungen vor dem Abschluß.

4 Berlin. Die Aussprache zwischen dem Reichsstan-
zler Dr. Marx und den fünf deutschnationalen Un-
terhändlern über die Neubildung der Regierung wurde in
Anwesenheit des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns fort-
gesetzt. Reichsaussenminister Dr. Stresemann war
nicht zugegen, da er im Haushaltsausschuß über den Aus-
wärtigen Etat sprach.

In der Besprechung wurden mehrere von Dr. Marx
vorgeschlagene Formulierungen zu Verfassungs-
fragen und zur auswärtigen Politik wieder erörtert.
Die Besprechung über die auswärtige Politik wurde im Aus-
wärtigen Amt zwischen den Deutschnationalen und dem
Aussenminister Dr. Stresemann fortgesetzt.

Die Verhandlungen nahmen einen ruhigen Fortgang.
Auch Personalfragen wurden gestreift, so daß die Fraktionen
sich nunmehr ein annäherndes Bild von der kommenden Re-
gierung machen können. Die Teilnahme der Demo-
kraten an der Regierung wird davon abhängig gemacht,
daß die Demokraten in einer Fraktionsitzung offiziell
erklären, sie würden mit den Deutschnationalen
eine Regierung bilden.

Günstiger Verlauf der Verhandlungen zur Regierungs- bildung.

Berlin. Die vom Reichsstanzler Dr. Marx für
ein Regierungsprogramm ausgearbeiteten Richtlinien wur-
den im Laufe des Dienstagnachmittags den für die neue Ko-
alition in Betracht kommenden Fraktionen unterbreitet, die
ihre endgültige Stellung dazu zu nehmen haben. Die
endgültige Fassung soll dann am Mittwoch vormittag den De-
mokraten vorgelegt werden. Die demokratische Reichstags-
fraktion vertagte daher ihre für Dienstagabend angeetzte
Fraktionsitzung auf Mittwoch vormittag 11 Uhr. Die Fra-
ktion wird ihre endgültige Stellungnahme zur Regierungs-
neubildung von der Fassung dieser Richtlinien abhängig
machen. Soweit man aus demokratischen Kreisen hört, dürfte
kaum Aussicht sein, daß die demokratische
Fraktion sich aktiv an der neuen Regierung
beteiligt.

Die deutschnationalen Fraktion setzte eine be-
sondere Sachkommission ein, die aus den Abgeordneten
Schiele, Behrens, Lambach, Leopold und
v. Goldacker gebildet wurde und den Auftrag hatte, über
die Formulierung des sozialpolitischen Regierungsprogramms
zu verhandeln. In eingehender Aussprache dieser Kom-
mission mit den geschäftsführenden Ministern Brauns und
Dr. Curtius wurde eine volle Einigung über
die Formulierung der sozialpolitischen
Programmpunkte erzielt. Gegen Abend fand eine
Besprechung beim Reichsaussenminister Dr.
Stresemann statt, in der die Fragen der auswärtigen
Politik erörtert wurden.

Der Ältestenrat des Reichstages ist zu einer neuen
Sitzung auf Mittwoch nachmittag 2 Uhr berufen worden.
Voraussichtlich wird in dieser Sitzung festgesetzt werden
können, wann die Regierungserklärung des neuen Kabinetts
vor dem Reichstage abgegeben werden kann.

Die Wirtschaftliche Vereinigung beteiligt sich nicht an der Regierung

Berlin, 25. Januar. Die Reichstagsfraktion der Wirt-
schaftlichen Vereinigung beschäftigte sich in ihrer heutigen
Fraktionsitzung mit der Frage der Regierungsbildung und
nahm den Bericht ihrer Mitglieder Drewnig und Alpers über
die Verhandlungen mit Dr. Marx entgegen. Die Fraktion
hält an dem bisher eingenommenen Standpunkt fest, daß sie
die Beteiligung an einer Regierung ablehnen müsse. Sie

